Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrage gebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten [illegible] und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingetrieben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 283. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonntag, 6. Dezember 1925

Politische Heimarbeit.

In wechselvoller Fahrt, aber mit sicherer Hand hat die Reichsregierung das Staatsschiff von Locarno nach London gesteuert. Jetzt ist der Kapitän mitsamt dem ersten Schiffsoffizier wieder in die Heimat zurückgekehrt. Der Jubel, der ihn dort zuweilen umbrauste, konnte ihn nicht nach Deutschland begleiten. Er weiß, daß hier die nüchterne Alltagsstimmung wieder seiner wartet, aus der er sich losriß, um sein in Locarno verpfändetes Wort an den Ufern der Themse einzulösen; weiß, daß statt der wundervollen Geschlossenheit des englischen Volkes hier die alte Parteizerrissenheit unverändert fortbesteht; und weiß endlich, daß nach getaner außenpolitischer Arbeit ihm keine Ruhe vergönnt sein wird. Mit dem Rücktrittsgesuch, das Dr. Luther im Namen des Gesamtkabinetts dem Reichspräsidenten unterbreitet, wird er nur die Schwelle zu neuen Kämpfen überschreiten. Denn daß ein Staatsmann von seiner Vielseitigkeit, seiner Tatkraft, der wahrhaften Unabhängigkeit seines Geistes und schließlich von seinem Ansehen in der Welt jenseits unserer Grenzen in Deutschland heute nicht untätig feiern darf, darüber wird es wohl, bei aller sonstigen Gegensätzlichkeit der politischen Anschauungen, nur eine Meinung bei uns geben. Und da man allen Grund hat, anzunehmen, daß zwischen Dr. Luther und dem Reichsoberhaupt ein ungetrübtes Vertrauensverhältnis besteht, so wie es die reibungslose Führung der Staatsgeschäfte erfordert, wird die Wiederbeauftragung Dr. Luthers mit der Neubildung der Reichsregierung bereits allenthalben als eine feststehende Tatsache angesehen. Er wird also in der kommenden Woche zum zweitenmal ein Kabinett zusammenzubringen versuchen. Für ihn sind Schwierigkeiten wirklich nur dazu da, um überwunden zu werden.

*

Man weiß, wie es vor bald einem Jahr war, als Dr. Luther von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert den Auftrag zur Kabinettsbildung entgegennahm. Er kam, nachdem Marx ein über das andere Mal mit den verschiedenartigsten Versuchen gescheitert war, ans Ziel. Was er damals erstrebte, war kein politisches Kampf-, sondern ein vorbildliches Arbeitskabinett, das sich mit ganzer Kraft der sachlichen Wiederaufbauarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hingeben sollte. Auch seine Gegner müssen ihm das Zeugnis ausstellen, daß er große Aufgaben, an denen vor ihm sich verschiedene Politiker die Zähne ausgebissen hatten, gelöst, andere zum mindesten der Lösung nahegebracht hat. Er hat trotzdem wenig Dank geerntet; kein Wunder angesichts der schrecklichen Verarmung so ziemlich aller Schichten unserer Bevölkerung. Aber der Gedanke der Pflichterfüllung, der ihn bisher geleitet hat, wo immer er seine Dienste zum Wohle des Vaterlandes zu bewähren hatte, er wird ihn auch jetzt ausschließlich beherrschen, da es gilt, aus den Trümmern der von ihm geführten Reichsregierung ein neues, arbeitsfähiges und arbeitswilliges Kollegium aufzubauen. Was von ihm, abermals, gefordert wird, ist Heimarbeit im besten Sinne des Wortes; wenn einer sie leisten kann, so Dr. Luther.

*

Allerdings, einiger Mut gehört schon dazu, sich an diese Aufgabe heranzuwagen. Vernimmt man die Begrüßungsreden, mit denen die verschiedenen Parteien ihn empfangen, so wird man unwillkürlich an die Worte erinnert, mit denen kürzlich Mussolini dem Parlamentarismus von heute das Todesurteil sprach. Zentrum und Demokraten erklären, daß sie nur für die Große Koalition zu haben seien, während Volkspartei und Sozialdemokratie von dieser nichts wissen wollen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, dem Reichspräsidenten ein neues Kabinett fix und fertig darzubieten, das er nur zu ernennen brauchte, sobald er die Rücktrittserklärung des alten zugestellt erhielt. Dazu reichte aber die Kraft nicht aus. Die Spuren schrecken, und es muß schon dabei bleiben, daß die Initiative für die notwendigen Verhandlungen mit den Parteien vom Reichspräsidenten auszugehen haben wird und nicht von den Anhängern dieser oder jener Koalition. Dr. Luther hat schon immer Wert darauf gelegt, seine Überparteilichkeit zu betonen und zu betätigen. Ebenso bestimmt hat er aber immer versichert, daß er ein parlamentarischer Kanzler sei und daß er keinen größeren Wunsch kenne, als mit einer möglichst breiten parlamentarischen Basis zu regieren. Man weiß, daß er an diesem Programm bis zu seinem letzten Erfolg, der Reichstagszustimmung zu den Verträgen von Locarno, konsequent festgehalten hat. Auch in Zukunft wird er für eine Option gegen rechts oder gegen links, so wie lediglich parteimäßig eingestellte Politiker sich das vorzustellen pflegen, nicht zu haben sein, wenigstens nicht in den lebenswichtigen Fragen der inneren Politik, deren Lösung mehr und mehr unaufschiebbar geworden ist.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Verhandlungen über die Freigabe.

Einer Meldung der „Newyork World" aus Washington zufolge scheint es zu einer Lösung der Frage des während des Krieges beschlagnahmten deutschen Privatvermögens im Werte von 1½ Milliarden Dollar zu kommen. Die Schwierigkeit bestand bisher darin, daß die während des Krieges durch deutsche Kriegsmaßnahmen sich geschädigt fühlenden Amerikaner sich einer Rückgabe des deutschen Vermögens widersetzten, solange nicht ihre Ansprüche befriedigt worden seien.

Nach dem Plan, den die „Newyork World" bekanntgibt, soll dieses Haupthindernis dadurch aus dem Wege geräumt werden, daß die amerikanische Regierung zur Befriedigung ihrer Staatsangehörigen, die Ansprüche an den deutschen Staat haben, eine Anleihe von 200 Millionen Dollar auflegt, deren Zinsen und Amortisation aus den den Vereinigten Staaten zufließenden Erträgnissen des Dawes-Planes sichergestellt werden sollen. Aus den Erträgnissen der Anleihezeichnung und aus den bisher aufgelaufenen Zinsen des beschlagnahmten deutschen Vermögens, etwa 30 Millionen Dollar, sollen die amerikanischen Gläubiger Deutschlands sofort befriedigt werden.

Der Verzicht auf die bisher aufgelaufenen Zinsen des deutschen Vermögens in Amerika bedeutet allerdings ein Opfer, doch heißt es, daß die Anwälte der deutschen Eigentümer sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben. Ohne Entgegenkommen deutscherseits wäre eine befriedigende Regelung in absehbarer Zeit kaum zu erreichen gewesen.

Zurück aus London.

Dr. Luther beim Reichspräsidenten.

Freitag mittag 12½ Uhr ist die nach London zur Unterzeichnung des Locarnovertrages entsandte Delegation mit Reichskanzler Dr. Luther an der Spitze wieder in Berlin eingetroffen. Auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann kam mit an, ist also nicht unterwegs nach Paris gereist, wie von einigen Seiten gemeldet wurde. Der Zeitpunkt der Ankunft war geheimgehalten worden, so daß nur die amtlichen Persönlichkeiten beim Empfang anwesend waren. Auf dem Bahnhof war in Vertretung des Reichspräsidenten und der Regierung Reichswehrminister Dr. Geßler erschienen. Außerdem waren Vertreter des Auswärtigen Amtes zugegen. Von ausländischen Diplomaten waren der englische Geschäftsträger Addison, der französische Geschäftsträger de Laboulaye, der belgische Geschäftsträger d'Ieselle und der tschechoslowakische Gesandte Krofta erschienen. Starke Absperrungen hinderten alle, die nicht im Besitz eines Ausweises des Auswärtigen Amtes waren, am Betreten des Bahnsteiges. Die Delegation wurde von den erschienenen Diplomaten beglückwünscht. Die Minister stiegen sofort in die bereitstehenden Autos und fuhren in ihre Wohnungen. Reichskanzler Dr. Luther begab sich sofort nach seiner Ankunft zur Berichterstattung zum Reichspräsidenten.

Sämtliche Mitglieder der Delegation waren wohlauf und berichteten über einen glatten Reiseverlauf und eine angenehme Überfahrt. Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann haben an den Reichskanzler a. D. Marx aus London folgendes Telegramm gesandt: „Von der gleichen Stätte, an der wir im vorigen Jahr gemeinsam gewirkt haben, um den Weg für eine bessere Entwicklung Deutschlands zu bahnen, senden wir Ihnen in aufrichtiger Hochachtung die besten Grüße. Luther. Stresemann."

Sonnabend Kabinettsrücktritt.

Voraussichtlich wird morgen eine Kabinettssitzung stattfinden, in der die Fragen, die in London besprochen worden sind, zur Beratung stehen. Am Anschluß an die Kabinettssitzung findet eine Ministerbesprechung statt, in welcher der Rücktritt des Kabinetts beschlossen werden wird. Reichskanzler Dr. Luther wird sich dann unverzüglich zum Reichspräsidenten von Hindenburg begeben, um ihm die Demission zu unterbreiten.

Es verlautet, daß der Reichspräsident alsbald die Parteiführer empfangen wird, um mit ihnen die politische Lage und die Neubildung des Kabinetts zu besprechen.

*

Stresemanns Erklärungen.

Dr. Stresemann äußerte sich vor der Abreise aus London dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph" gegenüber dahin, es werde jetzt nicht mehr möglich sein, einen Teil der Welt gegen einen anderen Teil auszuspielen. Ferner sagte Dr. Stresemann zu dem Vertreter des Pariser „Matin", man dürfe überzeugt sein, daß Zweifel und Mißtrauen bei allen Völkern überwunden werden können, vorausgesetzt, daß diejenigen, die ihre Gedanken dem Werke der Solidarität gegeben haben, nun auch alles tun, um diese Solidarität in die Tat umzusetzen. Briand habe seinen Willen in dieser Richtung bereits kundgegeben und auch die übrigen Staatsmänner müßten dieser Aufgabe all ihre Kräfte widmen. Wenn der Geist der Zusammenarbeit, fuhr Stresemann fort, der uns in Locarno und London beseelt hat, sich auch in der Wirklichkeit in den Beziehungen zwischen den Völkern ausdrücken soll, muß die notwendige Arbeit von allen Seiten aufgenommen werden. Dies darf keine Arbeit von Wochen oder Monaten sein, sondern sie muß die ganze zukünftige Periode der europäischen Politik erfüllen und beherrschen. Dem Londoner Vertreter der „Radio-Agentur" erklärte Stresemann, er werde nach der Lösung der Kabinettskrise zu persönlichen Verhandlungen über die Frage der Räumung der zweiten und dritten Rheinlandzone nach Paris reisen.

*

Die Besatzungstruppen in der Pfalz.

Wie aus München verlautet, hat die Besatzungsbehörde von der Stadtverwaltung Neustadt an der Hardt die Bereitstellung von 30 Unteroffizierwohnungen bis zum 10. Dezember verlangt. Wie es weiter heißt, sollen nach Neustadt eineinhalb oder zwei Bataillone Infanterie neu verlegt werden. Auch nach Zweibrücken sollen neue französische Truppen kommen.

Frankreichs Stellung zur deutschen Luftfahrt.

Paris, 4. Dezbr. In diplomatischen Kreisen spricht man davon, daß man französischerseits bemüht sein werde, einen Luftschiffahrtsvertrag mit Deutschland zum Abschluß zu bringen. Das nächstliegende wäre, Deutschland zum Anschluß an die internationale Luftschiffahrtskonvention aufzufordern. Dazu jedoch kann man sich in Paris nicht entschließen. Man will sich vielmehr auf Sonderabmachungen nach dem Muster Englands beschränken und regt an, daß eine deutsche Delegation deshalb mit der Botschafterkonferenz Fühlung nimmt. Als Grundlage betrachtet man die Einwilligung Frankreichs, daß deutsche Flieger das besetzte (!) Gebiet überfliegen, während französische Flieger das Recht erhalten, deutsches unbesetztes Gebiet zu überfliegen. Diese Nebeneinanderstellung ist charakteristisch für die französische Geistesverfassung. Man behandelt das besetzte Gebiet einfach als französisches Territorium, spricht überhaupt nicht von dem eigentlichen Frankreich und wird vermutlich noch sehr erstaunt sein, wenn Deutschland sich auf dieses großmütige Anerbieten nicht eingeht, zumal von einer Freigabe des deutschen Flugzeugbaues anscheinend gar nicht die Rede sein soll.

Französische Vermittlung zwischen England und Rußland.

Berlin, 4. Dezember. Wie die „Vossische Zeitung" meldet, soll Briand sich in London nach eingehender Rücksprache mit Chamberlain bereit erklärt haben, nach vorhergehendem Einverständnis Tschitscherins als versöhnender Vermittler zwischen England und Rußland aufzutreten. Unter der Voraussetzung eines günstigen Verlaufes dieser Verhandlungen ist eine Zusammenkunft Chamberlain-Tschitscherin für die Woche zwischen Weihnachten und Neujahr in Venedig vorgesehen.

„Politische Garantien" für den Vatikan.

Berlin, 4. Dezember. Wie das Berliner Tageblatt aus Rom meldet, erwägt die Regierung tatsächlich den Gedanken einer praktischen Aussöhnung mit der Kurie. Es wäre, so sagt man, keineswegs ein Wunder, wenn Mussolini schon in allernächster Zeit mit einer entsprechenden Verordnung hervorträte, „die ihm die Sympathie aller Katholiken der Welt gewinnen würde". Natürlich dürfte es sich bei der Erfüllung der päpstlichen Souveränitätswünsche um die Schaffung politischer, nicht territorialer Garantien handeln, während noch unter Papst Leo von der Kurie ausdrücklich territoriale Sicherheit verlangt wurde. Man weist übrigens auch auf den Ausspruch des Kardinals Gaspari hin, das Papsttum erwarte die Lösung der römischen Frage nicht mehr von einer fremden Intervention, sondern von einem freiwilligen Akt der italienischen Regierung.

Deutscher Demokratischer Parteitag.

Der Kampf um Geßler.

Den Verhandlungen des Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei in Breslau ging eine Sitzung des Parteiausschusses voraus, in der der Parteiführer Koch eine Darstellung der politischen Lage gab. Er bat um das Vertrauen des Parteiausschusses für Parteileitung und Fraktion. Diesen Darlegungen folgte die Aussprache. Als erster nahm Justizrat Falk, der Vorsitzende der Landtagsfraktion, das Wort, der die Arbeit der Landtagsfraktion und der demokratischen Minister Höpker-Aschoff und Schreiber erörterte. Besonders verweilte er bei der Beamtenpolitik des preußischen Finanzministeriums.

Dem Reichsparteitag liegen zahlreiche Anträge zur Außenpolitik, zur Rechtspflege, zur Wirtschaftspolitik, zum Wohnungswesen und zur Parteiorganisation vor, darunter ein Antrag des Bezirksverbandes Wilmersdorf: „Der Parteitag beauftragt den Parteiausschuß, nachzuprüfen, ob das Verhalten des Reichswehrministers Dr. Geßler den Grundsätzen der Deutschen Demokratischen Partei entspricht."

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF